

Gerhard Lukawetz, unter Mitarbeit von Christine Reidl

Internet zwischen Demokratisierungshoffnung und Marketinginstrument

"Nur wenige Vorzüge der Online-Interaktivität sind von solch potentieller Bedeutung (...) wie die Verbesserung der Demokratie mithilfe des Internet. Mit interaktiven Netzwerken verbundene Personalcomputer werden Bürgern die Möglichkeit geben, mit nahezu einzigartiger Leichtigkeit und Unmittelbarkeit an demokratischen Prozessen teilzunehmen." (Bill Gates, Berliner Zeitung vom 25.7.1996)

Mit solch überschwänglichem Optimismus wurden die demokratischen Möglichkeiten des Internet zu Beginn seiner Popularisierung beurteilt. Zugegebenermaßen stammt diese Äußerung aus nicht unverdächtiger Quelle, ist doch der mehrheitlich im Eigentum von Bill Gates befindliche Softwaregigant Microsoft einer der großen Nutznießer des Internetbooms. Die Geschäftspraktiken, mit denen der Computerriese seine dominierende Stellung auch auf das Internet ausdehnte, werden übrigens gerade in einem aufsehenerregendem Prozess¹ der Öffentlichkeit bekannt gemacht. Trotzdem ist die Verbreitung der "Telematik" (Kunstwort aus Telekommunikation und Informatik) in der Öffentlichkeit eng mit großen demokratischen Hoffnungen und konkreten sozialen und politischen Projekten verbunden. Begriffe wie "Cyberdemokratie" und "elektronische Demokratie" bezeichnen Konzepte von "basisnahen" Gegenöffentlichkeiten, die helfen sollen, unsere in die Krise gekommenen repräsentativen Demokratieformen zu ergänzen und zu beleben.

Nachdem der erste Enthusiasmus verfliegen ist und das Internet bereits für viele von uns zu einem täglichen Bestandteil zumindest des Berufslebens geworden ist, soll dieser Artikel eine kurze kritische Bestandsaufnahme demokratierelevanter Anwendungen der Datennetze geben. Zunächst werden jene Eigenschaften besprochen, die das große Potential dieser Neuen Medien für die Verwirklichung von Partizipationsprojekten bilden. Es folgt eine Darstellung jener politischen Veränderungen, die das Umfeld für die zu besprechenden Anwendungen telematischer Medien geschaffen haben. Anschließend widmen wir uns der Geschichte und Gegenwart eines eigenständigen Phänomens der Datennetze, den "Online Communities", "Community Networks" und "FreeNets", wie auch immer der gerade in Mode befindliche Name für die virtuellen Gemeinschaften lautet. In diese wurden viele Demokratisierungshoffnungen gelegt. Mit einigen Beispielen von aktuellen Initiativen soll eine vorläufige Einschätzung versucht werden. Vorläufig muss sie schon deshalb bleiben, weil sich in der "Online-Welt" Innovationen und Trends so rasch wie nie zuvor in der Geschichte verbreiten.

¹ Im Mai 1998 haben das US-Justizministerium gemeinsam mit 20 US-Bundesstaaten Klage gegen den Computerriesen Microsoft eingebracht (Quelle Stand 19.09.1999: <http://www.heise.de/newsticker/data/em-19.05.98-000/>). Zur Diskussion stehen Geschäftspraktiken des Unternehmens, die erst aufgrund dessen Quasi-Monopolstellung in vielen Bereichen des Softwaremarkts, allen voran bei Betriebssystemen für Personal Computer, ermöglicht worden wären. Besonderes Aufsehen im Zug des Prozesses erregten peinliche Enthüllungen wie ein von Microsoft manipuliertes Beweisvideo und das Eingeständnis des Hauptentlastungszeugen Richard Schmalensee, mit einem großzügigen Stundenhonorar von US\$ 800,- für seine Aussagen sowie andere Tätigkeiten von der angeklagten Firma entlohnt worden zu sein (Quelle Stand 19.09.1999: <http://www.heise.de/newsticker/data/wst-24.06.99-000/>). Das Urteil wird Ende Oktober 1999 erwartet.

Demokratische Chancen durch technische Eigenschaften

Die sachlichen Eigenschaften einer Technologie bestimmen wesentlich deren Anwendungen. Diese These lässt sich anhand der Datennetze gut zeigen. Die Kommunikationsmöglichkeiten, die Internetdienste zur Verfügung stellen, erschließen neue Informationszugänge und neue Umgangsformen mit Information. Informationsvermittlung via Massenmedien (TV, Radio und Zeitung) bieten den Lesenden/Sehenden/Hörenden vorselektierte und aufbereitete Informationen eines Redaktionsteams, eine Diskussion der Inhalte ist nur in geringem Umfang z.B.: mittels Leserbriefen möglich. Der Informationsaustausch im Internet bietet eine Kommunikation in beide Richtungen. Und das nicht nur dialogisch ("one-to-one"), sondern jeder ist grundsätzlich in der Lage, sich mit seinen Anliegen und Meinungen an eine Öffentlichkeit zu wenden (Kommunikationsprinzip "many-to-many"). Hier stehen sich also nicht Gruppen in den festgefahrenen Rollen der Produzierenden und Konsumierenden gegenüber sondern die Positionen sind veränderbar, jede/r kann gestaltend eingreifen, Wissen hinzufügen und Quellenmaterial kann, unter Beachtung von Urheberrechten, zur Verfügung gestellt und eingesehen werden.

Aus diesen Besonderheiten der telematischen Technologie entstehen mögliche Grundfunktionen, die hohe demokratische Relevanz haben - Strukturierungsfunktion, Identitätsstiftung, Partizipationsförderung und Entwicklung einer neuen Kulturtechnologie:

- Wie herkömmliche Medien stellen auch internetbasierte eine zunächst lose Struktur ihrer Benutzer her. Durch die wechselseitigen Kommunikationsmöglichkeiten zum Beispiel in Diskussionsforen oder durch sogenannte "Online-Chats" (textbasierte Konversation), die immer mehr Online-Medien ihren Benutzern anbieten, können sich virtuelle Gemeinschaften bilden. Die beobachtete Wirkung von Datennetzen, latent vorhandene Gemeinschaften, die sich auf gleiche Interessenslagen gründen, zu versammeln, kann Vernetzungsprojekten selbst in bislang scheinbar kommunikationsarmen Umgebungen zum Erfolg verhelfen. Die Bereitschaft, neue Mitglieder in eine bestehenden elektronischen Gemeinschaft zu integrieren, ist hoch. Am chancenreichsten aber ist das neue Medium dort, wo es bereits funktionierende Gemeinschaftsverbände (beispielsweise Vereine, sogenannte Nongovernmental Organisations) gibt, denen dann ein weiteres Mittel zur Verständigung in die Hand gegeben wird.
- Das gemeinschaftliche Nachgehen und Entwickeln von Interessen wirkt in weiterer Folge identitätsstiftend - nach Art des Themas und Art und Umfang der Interaktion unterschiedlich, aber oftmals mit Auswirkungen auf das Selbstverständnis und Leben der Betroffenen auch außerhalb der telematischen Medien. Die über Online-Medien entstandenen Teilöffentlichkeiten organisieren sich fallweise in neuen Gemeinschaften, die auch außerhalb des Netzes wirksam werden.
- Zwei Voraussetzungen zur politischen Partizipation können durch Datennetze verbessert werden: Informationsstand und Artikulationsmöglichkeiten. Private Organisationen, Vereine und Interessensgruppierungen können in Datennetzen vergleichsweise billig und unkompliziert als Informationsanbieter agieren. Das wirkt grundsätzlich gegen die Tendenz zur Monopolisierung der Informationsquellen. Damit werden Möglichkeiten geschaffen, Informationsangebote auch lokal und nach Interessensgruppen zu differenzieren. Übrigens werden auch Politik und Verwaltung etwas unabhängiger von kommerziellen Medien und erhalten neue Kommunikationsschienen, die inzwischen auch zunehmend wahrgenommen werden. Dazu zählen einerseits die Websites der politischen Institutionen und Parteien. Andererseits bietet der bereits angesprochene bidirektionelle Charakter telematischer Medien die Gelegenheit zu einem fortlaufenden demokratischen Diskurs nicht nur innerhalb der interessierten Medienbenutzer sondern auch direkt zwischen Verwaltung, Betroffenen und Politik,

beispielsweise durch die Teilnahme an Online-Diskussionsforen und Online-Chats, die immer häufiger zu finden sind.

- Mit dem Eindringen einer neuen Kommunikationstechnologie in den Alltagsgebrauch entsteht eine neue "Kulturtechnik". Ähnlich der Wirkung des Lesens, zeigt auch sie gesellschaftsgestaltende Kraft - die Veränderungen in unserer Arbeitswelt zeigen sich für viele bereits heute sehr deutlich: neue, schnelle Kommunikationswege haben zu neuen Distributionswegen geführt und sind wesentliche Agenten der Globalisierung der Märkte. Die unmittelbarsten Auswirkungen aber betreffen das Medium selbst: Seine Fortentwicklung und damit Veränderung wird beschleunigt.

An dieses Kommunikationspotential knüpften sich schon im vergangenen Jahrzehnt zu Beginn der Verbreitung der Datennetze in den USA Hoffnungen auf Ausweitung demokratischer Mitbestimmung durch die neuen Technologien. Getragen von einer im US-amerikanischen Sinn liberalen Geisteshaltung wurden Bürgerrechte, Nachbarschaftshilfe, Meinungsfreiheit, Minderheitenrechte und nicht zuletzt die gesellschaftliche Konsequenzen der Datennetze selbst (oder auch nur die Frage des freien versus sozial selektiven Zugangs zum Netz) Themen, die zur Etablierung der sogenannten "Community- und FreeNet-Bewegung" geführt haben.

Politikfähigkeit und Orientierungslosigkeit

Auch in Europa ist das politologische Paradoxon zu beobachten: Bildungsexplosion und kultureller Wandel der letzten Jahrzehnte haben viele Menschen in mancher Hinsicht "politikfähiger" gemacht. Heute besitzen in den reichen Staaten so viele Menschen wie nie zuvor sprachliche und intellektuelle Artikulations- und Rezeptionsfähigkeiten, die in den vorangegangenen Generationen nur für eine kleine Elite erreichbar waren. Gleichzeitig und sicher nicht unabhängig davon ist die Auflösung von althergebrachten politischen Lagern und Rollen zu beobachten. Viele Staatsbürger verlieren mit ihrer angestammten politischen Heimat auch ihre Orientierung in einer sich immer komplizierter darstellenden Landschaft der politischen Interessen: Darin kann eine der Ursachen für die sich verbreitende Orientierungslosigkeit und die mit Stereotypen von der "schmutzigen Politik" und den "unehrenhaften Politikern" durchsetzte politische Anomie gesehen werden.

Beide Phänomene gingen zeitlich Hand in Hand: das Entstehen neuer Formen informeller demokratischer Strukturen und zunehmende Entfremdung von den Vorgängen der etablierten "großen" Politik. Lokale und überregionale themenzentrierte Organisationen, "nongovernmental organisations" (NGOs), die meist in Konkurrenz oder Opposition zu den republikanisch verfassten traditionellen Politikinstitutionen stehen, schöpfen inzwischen einen beträchtlichen Teil des politischen Aktivistenpotentials ab.

Virtual Community - der neue "3. Ort"

Der Ort des Zusammentreffens spielt im Zusammenhang mit der Entstehung und Verfestigung von "Gemeinschaft" eine zentrale Rolle. Ray Oldenburg (1989) erklärt den Schwund an Gemeinschaft mit dem Verlust der "Great Good Places", die er als den "3. Ort", der in unserem Alltag nach dem Arbeitsplatz und dem zu Hause eine Rolle spielt, bezeichnet. Die zunehmende Verbreitung von "Virtual Communities" wird zum Teil auf das Verschwinden gemeinschaftsbildender bzw. -fördernder Treffpunkte in der realen Welt zurückgeführt. Der amerikanische Autor Howard Rheingold, selbst ein Internet-Aktivist der frühen Stunde in einer der ersten Online-Communities, der "WELL" (Whole Earth `Lectronic Link"), sieht den Bedarf an virtuellen Gemeinschaften als Folge des Verschwindens vieler realer, traditioneller Bindungen. Auch die Bildungsschicht vermisst diese Treffpunkte in ihrer näheren geographischen Umgebung und weiche immer öfter in solche, über Datennetze erreichbare, aus, argumentiert beispielsweise R. Hamman, Herausgeber der elektronischen Publikation "Cybersociology".

Diese virtuellen Gemeinschaften bilden sich um "Chat Rooms" oder Diskussionsforen, die sozusagen für den "3. Ort" stehen. Die Mitglieder dieser Gemeinschaft machen all das, was Menschen einer realen Gemeinschaft ebenfalls tun, mit dem Unterschied, dass die Interaktionen ausschließlich mittels Text am Computerbildschirm stattfinden. Eine zentrale Voraussetzung zur Verwirklichung der demokratischen Gesellschaft sind öffentliche Plätze, an denen öffentliche Meinungen entstehen und im weiteren diskutiert, verändert und verbreitet werden können. In den modernen Gesellschaften waren dies z.B.: Kaffeehäuser, Lokale, etc., der Verlust dieser Plätze ist daher nicht nur ein menschliches Problem, sondern auch für die Demokratieerhaltung und Weiterentwicklung problematisch.

Frühzeit der Datennetze: Community Networks und die FreeNet-Bewegung

Die zunehmende Verbreitung der Computertechnologie in den Achtzigern brachte technische Enthusiasten zusammen mit Interessensgruppen, Vereinen und Initiativen auf die Idee, den neuen Kanal der computerbasierten Medien auch als Kommunikationsmittel für AktivistInnen, Interessenten und Betroffene zu nutzen. Es entstand in den USA die Community- und Free-Net-Bewegung, deren erste Onlinedienste für viele spätere Projekte als Vorbilder wirkten. Das "St. Silicon's Hospital and Dispensary" war möglicherweise das erste privat organisierte System, das ab 1986 sozialmedizinische Informationen anbot. Aus ihm entstand das "Cleveland FreeNet", das auch heute noch online erreichbar ist.

Die FreeNet-Bewegung schätzt internetbasierte Kommunikationsmittel so hoch ein, dass sie Gratiszugänge für alle Bürger fordert und zu verwirklichen sucht. Sie sieht darin einen wesentlichen Lösungsansatz speziell für soziale Probleme, wie Arbeitslosigkeit, ungleichen Bildungszugang, mangelnde medizinische Versorgung. Die Grundidee dahinter war, mit diesem neuen Kommunikationsinstrument ein optimiertes Selbsthilfesystem zu errichten, ohne dabei wesentliche Kosten für den Staat zu verursachen. Die FreeNet-Bewegung greift damit Ideen des "Civil Society" Modells auf, in dem soziale Hilfsnetze (z.B.: Nachbarschaftshilfe) auf der Selbstorganisation, Eigenverantwortung und Gestaltung der BürgerInnen basieren. Erwartet wird, dass derartige Systeme den Anforderungen der Betroffenen besser angepasst werden können, flexibler auf Veränderungen reagieren, dass mehr Mitbestimmung und damit auch Transparenz möglich ist als dies beim staatlichen Sozial- und Wohlfahrtssystem der Fall ist.

Der partizipatorische Ansatz der Bewegung beschränkt sich aber nicht nur auf sozialpolitische Belange sondern fordert ganz allgemein, dass anstehende politische oder Verwaltungsentscheidungen von den BürgerInnen diskutiert werden sollen. Das demokratische Potential der internetbasierten Kommunikation wird von den TrägerInnen dieser Bewegung (das sind Einzelpersonen oder Nonprofit-Organisationen), in der Möglichkeit gesehen, relativ einfach und spontan Lobbies und Initiativen formieren zu können. Weiters wurde vorgeschlagen, dass sich Verwaltungsstellen auf diesem Wege direkt an die Betroffenen und Politiker direkt an die Wähler wenden können.

Im Zuge der Auseinandersetzung mit demokratischen Einsatzmöglichkeiten im Bereich des Internets etablierten sich eigene gemeinnützige Organisationen wie das National Public Telecomputing Network (NPTN). NPTN war der Versuch, das Konzept des amerikanischen "National Public Radio" und "National Public Broadcasting on TV" auf das Medium Computer zu übertragen. Es sollten also Beiträge und Inhalte für das Neue Medium von interessierten Einzelpersonen oder nichtkommerziellen Institutionen selbst gestaltet werden und im Rahmen des Angebots von NPTN Verbreitung finden können. Ausgangsbasis war die Errichtung des Stadtinformationssystems in Cleveland, Ohio, das wahrscheinlich damals weltweit das größte seiner Art war. Neben Interessensvertretung und Lobbying-Organisation bot das NPTN fertige

technische Lösungen für FreeNets, organisatorische Hilfe und Training an. Damit sollte einer rein kommerziellen Nutzung des Informationhighways und der Datenbahnen entgegengewirkt werden. Die internetbasierten Kommunikation wurde damals, Ende der 80-er bis zu Beginn der 90-er-Jahre von diesen Bewegungen als Instrument zur Verringerung der sozialen Ungleichheit gesehen, das mithelfen sollte, Armut zu verringern. Inzwischen mehren sich aber dazu gegenteilige Forschungsergebnisse: Der Zugang zu diesen Neuen Medien wird in erster Linie durch Bildungsfaktoren begünstigt, d.h. wer bereits eine höhere Ausbildung besitzt, hat auch mehr Chancen, Zugang zum Netz zu finden und bessere sprachliche Fähigkeiten helfen es auch sinnbringender einsetzen zu können - dies gilt insbesondere dann, wenn es darum geht eigene Beiträge schriftlich zu verfassen und online zu bringen. Eine kurze Bildungsstatistik der Österreichischen NetznutzerInnen, erhoben im Rahmen der einzigen regelmäßigen heimischen Nutzererhebung, des "Austrian Internet Monitors" (AIM) illustriert dies: 41% haben Matura oder sogar Hochschulabschluß (Quelle Stand 19.09.1999: http://www.orf.at/facts/inter_01.htm). Vor wenigen Jahren war das Internet sogar fast ausschließlich eine Angelegenheit der Bildungsschicht.

Nach ihrem wichtigsten verbindenden Element lassen sich zwei Arten von Online-Communities unterscheiden: solche mit vorwiegend regionalem und solche mit vorwiegend thematischem Bezug. Die genannten Community Networks gehören eher zur ersten Kategorie, obwohl soziale, kommunale und politische Themen ebenso Wichtiges zur Selbstdefinition der Gemeinschaften beitragen. Dann finden sich im Cyberspace aber auch Communities ohne geographischen Bezug, in denen sich Menschen aus der ganzen Welt treffen, wie z.B.: The WELL, Electric Mind, etc., das Verbindende sind gemeinsame Interessen. Meist sind es auch hier wieder politische Themen, häufig auf die Problematik der Datennetze selbst bezogen, wie "Privacy" und "Cryptography" (Schutz der persönlichen Daten vor Weitergabe und geschützte, verschlüsselte Datenübermittlung) oder "Free Access" (Gratiszugang zum Internet) oder andere typische Inhalte von "Grass-Root"-Organisationen (selbstorganisierte "Basis-Initiativen"). Manche Communities teilen kein einzelnes Thema aber eine gemeinsame Subkultur, typischerweise aus dem Jugendkulturbereich. Manche Fachleute nennen nur diese, kultur- anstatt themenzentrierten Online-Gemeinschaften echte "virtual Communities". Nächstes Beispiel dazu ist die Black*Box, eine der ältesten Online-Communities in Europa, die seit 1992 in Wien sich der Jugendkultur und darüber hinaus allgemeinen Politik- und Stadtthemen widmet.

Zweite Phase: Aufstieg und Fall der "Digitalen Städte"

Die Telekommunikation wurde spätestens ab der US-amerikanischen National Information Infrastructure-Initiative 1993 und dem Bangemann-Report der Europäischen Union 1994 zu einem entscheidenden Konjunkturmotor erklärt. Sie soll eine ähnliche Rolle spielen, wie das Automobil in der Nachkriegszeit. So gewinnt die Metapher der "Datenautobahn" auch in dieser Hinsicht Bedeutung. Tatsächlich verbreiten sich Onlinemedien mit sehr hohen Zuwachsraten. Auch wenn diese in Österreich im internationalen Vergleich etwas moderater ausfallen, betrug sie beispielsweise von Mitte 1996 bis Mitte 1998 immerhin volle 100 Prozent (die Quelle dazu liefert wieder die erwähnte AIM-Untersuchung).

Einen Katalysator für diese Entwicklung schien man in den sogenannten "Digitalen Städten" gefunden zu haben. Frühes Vorbild waren einige amerikanische Community-Networks, die versuchten, Bevölkerungsanliegen und lokale wirtschaftliche Interessen zu verbinden. In Europa war die "Digitale Stadt Amsterdam" Namensgeberin für viele europäische Projekte geworden. Die Digitale Stadt ist eine echte Online-Community, die anlässlich eines Kommunalwahlkampfes

1994 ins Leben gerufen wurde, rasch viel Eigendynamik entwickelte und die Verbreitung des Internet im ohnedies netzaffinen holländischen Klima weiter vorantrieb.

In einem Konzept für die damals vorgeschlagene Digitale Stadt Wien ("wien.at") hieß es unter dem Titel "Digitale Städte boomen als Informations-, Partizipations oder Werbeinstrumente": "Vom russischen Sankt Petersburg bis zu kleinen 2000-Einwohner-Gemeinden im Mittleren Westen der USA finden sich weltweit Initiativen von technologiebegeisterten Menschen zusammen, um 'Digitale Städte' oder computernetzbasierte Stadtinformationssysteme zu gründen. Zielsetzungen und Realisierungen sind vielfältig: von Präsentationsflächen für die offiziellen Institutionen, für Vereine und Initiativen über Bürgerinformationsangebote, Kommunikationsdreh scheiben für BewohnerInnen bis hin zum Werbemedium für lokal ansässige Wirtschaftsbetriebe und den Fremdenverkehr reicht das Spektrum der Anwendungen."

Die Idee, der in vielen Städten Europas nachgegangen wurde, war, den lokalen Raum demokratisch und wirtschaftlich zu beleben. Das erstere sollte durch neue, transparentere Kommunikationsstrukturen zwischen Bewohnern und den Stadtverwaltungen sowie direktere Zusammenarbeit mit Bürger- und Lokalinitiativen - zum Beispiel in der Stadtplanung und Regionalentwicklung erreicht werden. Zum Zweiten sollten die Community Networks auch wirtschaftliche Impulse initiieren indem sie der Wirtschaft entscheidende Hilfestellungen und Anreize geben sollten, rechtzeitig in die aktuellen Kommunikationstechnologien einzusteigen. Zunächst sollte ein neuer öffentlicher Raum entstehen, der für kommerzielle Anbieter zur Präsentations- und Marktfläche werden konnte. Auch an innerbetriebliche Anwendungen war gedacht; zum Beispiel als Mittel zur Realisierung von Telearbeit. Sogenannte "Telecenter" aber auch über Digitale Städte verbilligte Netzzugänge zuhause sollten die Einführung dieser neuen Arbeitsform begünstigen. Durch die wegfallenden oder sich zumindest verkürzenden Anreisewege zum Arbeitsplatz versprach man sich unter anderem eine Entlastung innerstädtischer Verkehrslinien und einen verbesserten Berufszugang für Kinder erziehende Elternteile.

Das Pflichtenheft der Projekte war sehr ehrgeizig. Die Generaldirektion XIII der EU schüttete auch Fördergelder für einige Projekte aus. Die meisten kleineren, nicht über EU-Gelder subventionierten Projekte (wie auch das genannte "wien.at") überlebten die Gründungseuphorie nur kurz. Die umfangreichen Partizipationsprojekte hätten neben den technischen Einrichtungen vor allem neue Verwaltungsstrukturen benötigt, um überhaupt den Dialog nutzbringend führen zu können. Diese weitreichenden Reformen waren aber nicht realisierbar und so blieb der partizipatorische Teil der Projekte nicht nur in Wien unerfüllt. Was auf der politischen Seite blieb sind Informationswebsites, die von den Stadtverwaltungen betrieben werden, und zumindest die bestehenden Strukturen der Stadtverwaltung etwas durchschaubarer und für die Bewohner und Bewohnerinnen benützbarer machen. Das "European Digital Cities Projekt" der Europäischen Union (online zu finden unter <http://www.edc.eu.int/> - Stand 19.09.1999) half auch der Wiener Stadtverwaltung beim Aufbau ihres Angebots.

Auf der ökonomischen Seite konnten andere, rein privatwirtschaftliche Anbieter die technologische Basis für Wirtschaftsprjekte ebenso liefern, was diesen Aspekt der kommunalen Onlineprojekte obsolet machte. Die Präsentationsflächen für den Fremdenverkehr sind eines der wenigen Dinge, die vom kurzen Boom der Digitalen Städte zumeist geblieben sind. Die Gestaltung von Online-Verkaufsflächen für die ansässige Wirtschaft hat sich als so komplexes Problem herausgestellt, daß obwohl sich Wirtschaftsexperten über die wachsende

Bedeutung des Internets als Vertriebsweg weitgehend einig sind, bislang dafür nur wenige erfolgreiche Beispiele (Stichwort "E-Commerce") dafür existieren.

Der rasche Niedergang der Digitalen Städte und vieler Online-Communities traf nicht nur die vergleichsweise jungen Systeme in Europa. Auch in den USA, der Urheimat des Community-Networking mußten immer mehr Medien ihren Betrieb einstellen. Eine wichtige Ursache dafür ist in der zeitgleich (konzentriert um 1995) ablaufenden Kommerzialisierung des Netzes zu suchen. War das Internet bisher nahezu zur Gänze aus staatlichen Forschungsgeldern finanziert, wurde es nun privatwirtschaftlich genützt und ausgebaut. Dies hatte Auswirkungen sowohl auf die Breite wie auch auf die Art der Inhalte: zu wissenschaftlichen oder in Eigeninitiative oder von Non-Profit-Organisationen, NGOs zusammengestellten Informationsangeboten kamen professionell gestaltete, wie jene der traditionellen Print- und Elektronik-Medien, die zusammen mit den für das Internet neu erschlossenen Publika das Bild der Datennetze drastisch veränderten. Auch die Rolle der FreeNets als Dienstleister, die überhaupt erst den Zugang zum Netz ermöglichten ("Accessprovider"), wurde von kommerziellen Diensten meist zu geringeren Preisen angeboten, was eine wichtige Einnahmequelle für die Initiativen zum Versiegen brachte. Ironischerweise ist es gerade dem damals neuen Internetdienst World Wide Web zuzuschreiben, der durch seine einfache Bedienbarkeit Voraussetzung für die Popularisierung des Netzes war, ein gewichtiger Auslöser für den Niedergang der Community-Networks zu sein. Wie gesagt brachten diese völlig neue Bevölkerungskreise, die soziologisch mit den bisherigen akademisch dominierten Nutzerschichten nichts zu tun hatten und scheinbar weniger für die Ideale der FreeNets begeisterungsfähig waren, zur neuen Technologie Internet. Aber wahrscheinlich der wichtigste Grund war, dass die frühen Webbrowser (Benutzerprogramme für das WWW) die Zweiwegkommunikation wie sie für die Konstituierung von Online-Communities nötig sind, einfach nicht genügend unterstützten. In dieser Hinsicht war die technologische Neuerung einfach ein Rückschritt. Nur wenige der alten Communities schafften den Sprung in die neue Epoche des Netzes.

Dritte Phase: Kommerzialisierung

Wenn das Internet als Wirtschaftsmotor agieren soll, dann müssen Handel und Verkauf über dieses Medium ein zentrales Ziel sein. Doch bis heute sind die Erfolge zaghaft. Unsicherheit über die Bezahlungsmodalitäten im Internet ist wahrscheinlich der wichtigste Grund. Darum sind Datenschutz als vertrauensbildende Maßnahme und Verschlüsselungsverfahren zur gesicherten Übertragung von Kreditkartennummern - beides typische Forderungen der Basisbewegungen im Internet wie der "Computerprofessionals for Social Responsibility" (CPSR, siehe Überblick über Online-Bürgerrechtsorganisationen) zu einer wirtschaftspolitisch anerkannten Agenda geworden. Ein weiteres Problem besteht darin, daß neben dem behutsamen Start des "electronic commerce" (Handel mit Waren und Dienstleistungen via Internet) nur durch die Leitungs- und Zugangsdienste (Accessprovider) Einkünfte erzielt werden - von Computer-Hard- und -Software einmal abgesehen. Praktisch niemand zahlt für Inhalte im Netz. Auch dieser Umstand hat den tendenziell gestaltungsarmen aber inhaltsschweren Community-Nets das Überleben erschwert. Die einzige Einnahmequelle für die sogenannten "Content Provider" (Herausgeber von Informationen beziehungsweise Inhalten im Datennetz) besteht im Verkauf von Werbefläche (die sogenannten "Banners") und eventuell durch Sponsorverträge. Beide reichen im Allgemeinen nicht zur Deckung der Unkosten. Diese Problem trifft kommerzielle Online-Medien übrigens genauso.

Im Zug der rasch wachsenden wirtschaftlichen Verwertung des Internet gewinnen plötzlich wieder Online-Communities neue Bedeutung - und zwar als Marketingparadigma. Rasch stellte

man fest, dass die Leichtigkeit der Navigation durch das Netz einen entscheidenden Nachteil hatte: Die User waren eine im höchsten Maße "flüchtige Substanz". Sie waren nicht bei einer Website zu halten, sondern klickten sich rasch durch die gesamte Onlinewelt. Vergleichbares zur "Blattbindung" oder "Kanaltraue" wie in traditionellen Medien gab es zumindest im frühen Internet nicht. Über virtuelle Gemeinschaften sollen die rasch flüchtigen Internetbenutzer und Benutzerinnen an eine individuell lebenswelt-adäquate virtuelle Umgebung gebunden werden, die soziale, psychische und alltagspraktische Bedürfnisse befriedigen soll und letztendlich als Plattformen für die wirtschaftliche Verwertung über markenbezogene E-Commerce-Konzepte tauglich sind. So bietet heute jede größere Website ihren Benutzerinnen und Benutzern Diskussions- und Chatforen, über die Nutzer zum längeren Verweilen und vor allem zum Wiederkommen veranlasst werden sollen. Die soziale Dynamik und das daraus entstehende kreative Potential der "echten" Online-Communities wird dabei aber kaum erreicht.

Politischer Diskurs im Netz existiert (noch immer)

Für viele der alten Internetaktivisten ist die Entwicklung der letzten fünf Jahre sehr enttäuschend verlaufen. Sie hatten das Internet als virtuellen Ort kennen gelernt, in dem Inhalte und Ressourcen frei zugänglich gemacht wurden, offene Diskussionen nach einem informellen, aber zumeist eingehaltenen Regelwerk, der sogenannten "Netiquette" abliefen, und demokratische Abstimmungen seine Weiterentwicklung leiteten. Diese Orte existieren noch immer. Teilweise trifft dies auf eine der ältesten Teile des Netzes das sogenannte "UseNet", den weltumspannenden Diskussionsdienst mit seinen zig-tausend Themenforen. Aber die Beschaulichkeit ist gestört - beispielsweise durch Werbemessages, den sogenannten "Spam", der unverlangt und thematisch häufig unpassend in den Diskussionsforen ("Newsgroups") oder - noch störender - in unser aller persönlicher E-Mailboxen gesendet wird. Die Netzbenutzer eilen häufig desorientiert von einem Webserver zum nächsten, nur wenige von ihnen investieren Zeit in die wenigen verbliebenen "echten" Community-Networks. Das Internet ist nach Meinung vieler Communitypioniere zu einer Art hypertrophem, voll kommerzialisierten TV geworden, und die Akteure dieses Wandels werden von ihnen als "Cybergauner" beschimpft (aktuellstes Beispiel: Doug Schuler am 10. Juni 1999 im Onlinemedium Telepolis).

Sicher sind die Entwürfe der Onlinepioniere von einer Gegenkultur im Netz in vielfacher Hinsicht enttäuscht worden. Tatsächlich finden wir eine Entwicklung, wie sie bei anderen Medien wie Print und Fernsehen längst vollzogen ist. Online-Medien wurden ein Abbild der gesellschaftlichen Situation und Machtverhältnisse wie andere Bereiche auch, vor allem jene Bereiche, die von wirtschaftlichem Interesse sind.

Aber genauso wie im Bereich der Printmedien finden sich auch im Netz "Bürgerechtsforen", eine "Alternativbewegung" und demokratisch aktive Gruppen. Die "neuen sozialen Bewegungen" der 70er- und 80er-Jahre haben fast ausnahmslos den Sprung in das neue Medium geschafft. Die großen wie Amnesty International und Greenpeace nützen das globale Medium für globale Themen und grenzüberschreitende Solidarität. Sie unterhalten national lokalisierte Websites, über die aktuelle ("urgent") Aktionen vorgestellt werden, Newsletter sind zu abonnieren, um über aktuelle Entwicklungen auf dem laufenden zu sein. Natürlich eignet sich das Netz auch sehr zur Organisation demokratischer Mittel wie Petitionen (in Deutschland sogar online einreichbar) und Demonstrationen. Ein weiterer inhärenter Vorteil der Datennetze: Publizieren ist wesentlich billiger als in anderen Medien. Einige Informationsseiten können auch von Laien rasch erstellt werden und den dazu nötigen Serverplatz im Netz gibt es notfalls auch über eine der vielen werbefinanzierten Gratissites oder gegen geringes Entgelt von Providern oder den auch tatsächlich funktionierenden Online-Communities.

Eine besonders aktive und kompetente Gruppe bilden die bereits erwähnten Cyber-Rechts-AktivistInnen, die sich um Themen wie Datenschutz, Schutz der Privatsphäre vor systematischer Bespitzelung und freie Benutzung von Verschlüsselungstechnologien kümmern. Zu den wichtigsten Organisationen zählen "Computer Professionals for Social Responsibility" (CPSR) und "Electronic Privacy Information Center" (EPIC). In vielen Staaten existieren Vereine mit ähnlichem Ziel, die häufig die zumeist älteren amerikanischen Organisationen als eine Art Dachverband betrachten. In Österreich sind dies die "engagierten ComputerexpertInnen" (eCE), die "Public Netbase - t0" mit künstlerisch-politischer Ausrichtung und die "Arge Daten" mit praktischem und wissenschaftlichen Schwerpunkt. Ein aktuelles Thema, das allerdings bislang weitgehend nur in Fachkreisen große Beunruhigung und Empörung verursacht hat, sind die großangelegten Abhöraktionen ECHOLON beziehungsweise ihr europäisches Pendant, das unter dem Namen "ENFOPOL" (eigentlich der Name der verantwortlichen europäischen Polizeieinheit) in einigen Medien zu finden ist. Der US-Geheimdienst sucht seit 1995 alle Telefongespräche, Faxe sowie den Datenverkehr, der über die großen Auslandsverbindungsstationen in Europa geht, nach Stichworten ab und wertet sie aus. Ein Vorgang der die Debatte um den großen und kleinen "Lauschangriff" vergleichsweise lächerlich erscheinen lässt.

Wirkungsvollen Schutz vor diesen Lauschangriffen bieten Verschlüsselungsprogramme, die den Inhalt von Nachrichten, auch samt Dateianhängen, so verschlüsseln, dass sie nur mit sehr großem Rechenaufwand von Fremden wiederherstellbar sind, die jeweiligen Adressaten (und nur die) sie aber problemlos lesbar machen können. Unter Hinweis auf die Bekämpfung des organisierten Verbrechens wollen viele Sicherheitsbehörden diese Verschlüsselungsmaßnahmen verbieten. Auch dieses Thema steht auf der Agenda des Cyberrechtsaktivismus. Zusätzliche politische Brisanz ist entstanden, als bekannt wurde, dass der US-Geheimdienst NSA einen elektronischen "Nachschlüssel" zum bislang als abhörsicher geltenden E-Mailsystem "Lotus Notes" besitzt, das gerade wegen dieser vermeintlich sicheren Übertragungsmöglichkeit von vielen europäischen Regierungen eingesetzt wird.

Momentaufnahmen, keine Prognosen

Onlinemedien und das Internet sind sicher noch in der Jugend ihrer Entwicklung. Der zur Benutzung verwendete Computer ist um ein Vielfaches flexibler und damit auch schneller an erweiterte Anforderungen anpassbar als die herkömmlichen "Endgeräte" der Medien Fernsehen, Radio und Print. Seine andauernde Erweiterung durch neue verfügbare Programmsoftware wird Benutzern einerseits immer mehr aufgedrängt - nur so können die mit immer entwickelteren Technologien aufbereiteten Inhalte überhaupt konsumiert werden, andererseits können diese Softwareprodukte auch gleich direkt über das Netz bezogen werden. Damit wird das Medium selbst zum Lieferanten der Hilfsmittel seiner Veränderung. Die Folge ist ein extrem beschleunigter technischer Entwicklungsprozess, der auch im Inhaltlichen und in den gesellschaftlichen Auswirkungen seinen Niederschlag findet. In der Online-Branche wird die Zeitspanne von zwei Monaten als "Internetjahr" bezeichnet, jener Zeitraum in dem sich so viele Entwicklungen ereignen, wie andernorts in einem Jahr. Viele Analytiker orten ein Verschmelzen der Kommunikationstechnologien Fernsehen, Radio, Telefon und Datennetze. Auf den Finanzmärkten realisieren sich diese Konzentrationsvorgänge bereits. Dies bedeutet eine Konzentration an Wirtschaftskraft und damit letztlich auch politischer Macht, und lässt bereits Behörden gegen sich bildenden Monopole zur Sicherung der Märkte einschreiten. Der eingangs erwähnte Gerichtsprozess, den mehrere amerikanische Bundesstaaten gegen den Softwareriesen Microsoft führen, ist ein erstes Reagieren auf die gerade ablaufende Entwicklung.

Damit wird aber klar, dass die Vorstellungen vieler Internetpioniere von einer unabhängigen Welt der Datennetze, losgelöst von staatlichen Regulierungen sowie Macht- und Besitzverhältnissen endgültig in die Sphären der Romantik zu verweisen sind. Realistischerweise wurde auch das Internet ebenso wie andere Bereiche Teil der etablierten Machtstrukturen. Es hat sich überdies zu einem wirtschaftlichen Potentialträger entwickelt, in den die internationalen Finanzmärkte hohes vorausseilendes Vertrauen setzen und dessen positive Weiterentwicklung das Augenmerk der Regierungen praktisch aller Industrienationen genießt.

Geschwunden ist die verklärte Hoffnung auf das Internet als großes Demokratisierungsinstrument. Geblieben - sogar verstärkt - haben sich die strukturellen Eigenschaften des Mediums als universelles Kommunikationsinstrument, das allen seinen Benützern die Teilnahme an Diskursen - also auch demokratischen - grundsätzlich ermöglicht und in vieler Hinsicht erleichtert. Tatsächlich haben sich diese potentiellen Möglichkeiten bei einigen internationalen Themen, die typischerweise die Strukturen des Netzes selbst betreffen, auch bereits praktisch realisiert: die Debatte um die Kryptographie (Verschlüsselungstechnik, v.a. zur sicheren Übertragung sensibler Daten, z.B. Kreditkartennummern) sowie jene zum internationalen Abhörsystem unter dem Schlagwort "ECHOLON" wurden durch die Netzöffentlichkeit sicher beeinflusst. Natürlich spielen dabei einmal mehr wirtschaftliche Überlegungen eine wesentliche Rolle: Wenn das Vertrauen, das Wirtschaftstreibende und Konsumenten in die Neuen Medien haben sollen, mangels Wahrung von Geschäftsgeheimnissen und Privatsphäre erschüttert wird, geraten die neuen Technologien in ihrer Rolle als wichtigste Hoffnungsträger für die wirtschaftliche Entwicklung in Gefahr. Zumindest ist den Internet-Akteuren zuzurechnen, dass die durch die komplexen fachlichen Zusammenhänge im Internetbereich überforderten politischen Entscheidungsträger für die auftretenden Problematiken sensibilisiert worden sind.

Die gesellschaftliche Relevanz der Datennetze ist - vielleicht in jeweils unterschiedlicher individueller Interpretation - jedenfalls gegeben. Die Einschätzungen seines partizipatorischen Potentials sind, abgesehen von überzogenen Erwartungen, immer noch intakt. Die rasche Fortentwicklung der sozial wie ökonomisch sehr bedeutsamen Kulturtechnologie Internet macht sie zu einem machtvollen Agenten des gesellschaftlichen Wandels und benötigt unsere ständige Aufmerksamkeit und Anteilnahme.